

# Antisemitismus-Debatte im Europarat

## «Ausbreitung judenfeindlicher Haltungen in ganz Europa»

Antisemitismus-Debatte im Europarat

«Ausbreitung judenfeindlicher Haltungen in ganz Europa»

**uth. Strassburg, 28. Juni**

Im Rahmen einer Debatte der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zum Antisemitismus ist am Mittwoch der Rabbi Arthur Schreier, ein Überlebender des Holocaust, in Strassburg aufgetreten. Dabei sagte Schreier, er hätte es 1945, nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus, nicht für möglich gehalten, dass er sich mit dem Dämon des Judenhasses noch einmal beschäftigen müsse. Rabbi Schreier ist Begründer der Stiftung «Appeal of Conscience», in der sich Geistliche verschiedener Religionen, Politiker und Wirtschaftsfachleute für Religionsfreiheit, Menschenrechte und Toleranz engagieren.

### Vielzahl antisemitischer Formen

Wie jetzt den Rabbi beunruhigte vor gut 20 Jahren bereits die Schlagzeile aus Strassburg «Antisemitismus: Ein Gespenst geht wieder um in Europa» die Öffentlichkeit. Im Jahr 2000 stellte dann das von der EU 1997 in Wien gegründete Institut zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in einem umfassenden Bericht einen beträchtlichen Anstieg des Antisemitismus in der EU fest. Betroffen seien vor allem Belgien, Deutschland, Frankreich, die Niederlande und Grossbritannien.

2007 wiederum kommt der Europarat zu der Feststellung, der Antisemitismus befinde sich in Europa weiter im Anstieg. Er zeige sich in einer Vielzahl von Formen und sei mittlerweile in allen Mitgliedstaaten des Europarats relativ verbreitet. Die Mitgliedstaaten müssten noch energischer gegen diese Bedrohung der Grundwerte Europas vorgehen. Neben den traditionell rechtsextremen Gruppen verbreiteten nun auch Linksextreme und islamistische Fundamentalisten den Antisemitismus und rechtfertigten damit ihre Gewalttaten. Ähnlich wie beim Kampf gegen den Terrorismus befänden sich die demokratischen Rechtsstaaten beim Vorgehen gegen den Antisemitismus auf einem schmalen Grat zwischen der Gewährleistung der Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und der gleichzeitigen Verhinderung des Missbrauchs der Grundfreiheiten durch jene Gruppen, welche alles daran setzten, die Grundwerte Europas zu untergraben.

Die Parlamentarische Versammlung forderte deshalb in einer Entschliessung die Mitgliedstaaten auf, sofort die Strafverfolgung gegen antisemitische Aussagen und Aufforderungen zu Gewalt einzuleiten und gegen jede Partei vorzugehen, die sich in ihrem Handeln oder ihren Programmen als judenfeindlich erweise. Vor allem müsse die staatliche Finanzierung solcher Organisationen eingestellt werden. Die

Gesetzgebung sei in dem Sinne zu verschärfen, dass antisemitische Handlungen in Strafsachen als erschwerend betrachtet werden.

### **Hoffnung auf Erziehung und Ausbildung**

Der Europarat stellt ferner fest, dass die Schulen die beste Möglichkeit böten, die Gesellschaft dauerhaft vor Antisemitismus zu schützen und den interkulturellen Dialog und das Gespräch zwischen den verschiedenen Glaubensgemeinschaften zu fördern. Dazu müssten allerdings Möglichkeiten gefunden werden, Antisemitismus im Internet zu bestrafen und die Medien in ihrer Alltagssprache zum Verzicht von Klischees zu bewegen. Eine engere Zusammenarbeit der Politik mit der Bürgergesellschaft und Nichtregierungsorganisationen müsse angestrebt und gefördert werden. Als wichtig wird von der Versammlung auch die Unterstützung der Aktivitäten von Organisationen hervorgehoben, deren Aufgabe in der Bekämpfung des Rassismus, der Fremdenfeindlichkeit, des Antisemitismus und der Intoleranz in ganz Europa besteht. Die Mitgliedstaaten sollten sicherstellen, dass diese Empfehlungen auch umgesetzt würden.